

eine Warnung geben, unser Selbstgefühl heben und der Sache des Friedens dienen. (Beifall.)

Reichsanwalt Graf Caprivi: Ich danke dem Redner anrechtlich, daß er die Vorlage vom Standpunkte des Patriotismus aus betrachtet hat. Das wird hoffentlich seine Freunde tragen. Hinsichtlich der zweijährigen Dienstzeit sind gewisse Vorzüge gemacht worden, um festzustellen, welche Kompensationen dafür erforderlich sind. Die Redner sind in diesem Punkte übereinstimmend. Ein halbes Prozent Gehalt, das die militärischen Antezedens über diese Vorlage nicht erhöht werden, ist ungenügend. Es sind 31 Punkte eingeklagt worden, die alle darin übereinstimmen, daß der heutige Zustand durchaus ungenügend ist; 10 davon wollen Abhilfe durch strikte Durchführung der dreijährigen Dienstzeit unter gleichzeitiger Verschärfung der Friedensprüfungsprobe, 31 erkennen dagegen die Möglichkeit der Durchführung der dreijährigen Dienstzeit unter bestimmten Voraussetzungen an. Erstes wäre, obgleich militärisch das Richtige, für uns doch zu teuer sein. Es blieb also nur das Zweite. Die Ansicht des Redners, daß bei Annahme der Vorlage Mangel an Offizieren und Unteroffizieren eintreten würde, teile ich nicht. Zweifellos ist, daß wir heute die erforderliche Zahl von Offizieren und Unteroffizieren nicht haben, gewiß ist, daß wir sie in kurzer Zeit beschaffen werden. Bei dem jetzigen Bestande bringt eine Mobilisierung eine vollständige Verjüngung der Friedensarmee mit sich, Nebenher wird die Truppe durch Reorganisation, Reformation, darunter Leben, Ausbildung und Geist der Truppen in gleicher Weise. Die Geslossenheit und Einigkeit, welche den Erfolg versprechen, die eben wollen wir durch die neue Dienstorganisation verfestigen, und dies wird nicht gelingen. Die gewählten vierzehn Vorkämpfer sind zur Kompensation für die dreijährige Dienstzeit ganz unentbehrlich; sie sollen zur Durchführung eines intensiven Dienstes geschaffen werden. Deshalb ist auch das Bedenken einzufließen, daß sich die vierzehn Bataillone zu neuen Regimentern auszuwachsen können. Der Rat ist gegen geneigt, die Leistungen der Infanterie zu untergraben und meint deshalb, eine dreijährige Dienstzeit. Der Dienst der Infanterie ist aber gerade der schwerste, und auf sie kommt es bei der Entscheidung vor allem an. Mit der Annahme der Vorlage wird das deutsche Reich eine durchgängig leistungsfähige Infanterie und Artillerie bekommen, während die Kavallerie in Zukunft vornehmlich zum Ordnungszug und Wachdienst dienen soll. Ein älterer, milder Mann auf einem nicht an den Dienst gewöhnten Pferde wird natürlich weniger leistungsfähig sein, als ein junger Reiter auf einem eingetrimmten Truppenpferde. Die wiederholt laut ausgesprochene Befürchtung, daß eine große Zahl von Unzufriedenen bei Annahme der Militärvorlage in die Krone kommen würde, teile ich nicht. Ich habe aus Erfahrung die Überzeugung gewonnen, daß die jungen Leute gern dienen, und daß auch junge Sozialdemokraten eine Verleibung für den Soldatenstand haben. (Beifall.)

Rebel erklärt, der Hinweis des Reichsanwalters auf das freundliche Dienen der Sozialdemokratie beweise nichts, er zeige nur, daß man bei der Regierung über die Sozialdemokratie ganz falsche Vorstellungen habe. Was das Schicksal der Vorlage im Reichstage sein werde, könnte man bisher noch nicht entscheiden. Die Rede v. Hunses habe er anfänglich so aufgefaßt, daß derselbe nur eine Erklärung der Präsenzliste wolle, soweit sie als Kompensation für die dreijährige Dienstzeit notwendig wäre. Im zweiten Teile hätte es aber ganz andere geklungen und man müßte annehmen, daß das Zentrum zu einem Kompromiß geneigt sei. Es werde wahrscheinlich so kommen, daß der Reichstag die Hälfte bewillige und dann werde man das Uebrige später fortsetzen. Nur bei Herrn v. Scharlow möchte man genau, woran man sei. v. Bennigsen und seine Freunde tragen jedenfalls die Verantwortung für die große Verwirrung der Nation. Seine (des Redners) Partei habe nicht beabsichtigt, wie Herr v. Scharlow behauptet, Maß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben, sondern nur ein Einverständnis zu erzielen, um der kaiserlichen Heintzhaft ein Ende zu machen, seitdem noch Mitglied aus feindliche Mächte hinzugesommen sei, trotz der Bemühungen des Fürsten Bismarck, Rußland zu versöhnen. Die anderen Staaten des Dreibundes hätten im Tempo der Verhandlungen nicht Schritt halten. Wenn Frankreich immer härter rüste, so wäre es dies nur, weil es fürchte, daß wir auf den Augenblick warteten, über Frankreich herzufallen. Bei einem Kriege mit Rußland würden auch unsere Provinzen auf dem Spiel. Rußland wolle nicht allein die Türkei, sondern auch an der Ostsee seine Grenzen ausdehnen und er stimme überein mit v. Bennigsen, daß wir bei einer Niederlage sehr erheblich geschwächt werden. Die selbige Vorlage sollte den Gedanken einer allgemeinen Wehrpflicht vorwerfen; das werde aber auch mit ihr nicht erreicht. Sollte die allgemeine Wehrpflicht in allen Zeiten mit den Fortschritten für die Marine durchgeführt werden, so würde eine Ausgabe von 430 Millionen notwendig sein, damit würden wir uns bereits im Frieden vollständig ruinieren. Redner beklagt sodann den Einfluß der Freiwirtschaft als Ausfluß des Klassengeistes der Bourgeoisie. Wenn dies Privilegium den Söhnen der Gebildeten gewährt werde, so würde man nie dem Sohn des armen Bauern oder Handwerkers einreden können, daß er 2 oder 3 Jahre dienen müsse. Die Vorlage solle eine Verjüngung der Armee herbeiführen, im Falle eines Krieges werde aber nicht ein Mann zurückbleiben können; die Vorlage sei vom militärischen und finanziellen Standpunkt aus undurchführbar. Die Scharnhorsche Idee einer allgemeinen Wehrpflicht wäre eine ganz andere gewesen. Damals habe es sich um die Schöpfung eines Volkshercs gehandelt, jetzt handle es sich um die Schöpfung von Berufs Soldaten. Wenn Deutschland jetzt einen Vorsprung gewinnen wolle, so müßte es ein allgemeines Volksherc oder die allgemeine Volksbewaffnung einführen. Die Landbevölkerung stelle 3/4 Mal soviel Soldaten, als die städtische, hier könnte aber nur Wandel geschaffen werden, wenn man die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter bedeutend verkürzte. Die Konsumtionsfähigkeit des Landes habe entschieden abgenommen und da komme man noch mit neuen Steuern. Daher komme eben die allgemeine Unzufriedenheit. Die Regierungen müßten bei allen notwendigen Ausgaben sparen, um nur das Geld für die Armee aufzubringen, keine Partei würde daher in keiner Weise der Vorlage zustimmen. Graf v. Preysing (Zentr.) schlägt vor, bereits jetzt in die Kommissionsberatung einzutreten und die Motive zu hören, die die Regierung ansprechen werde. Aber er bezweifelt, daß eine Vereinbarung möglich sein werde, wegen der unerschwinglichen Kosten. Es herrsche erklärliche Erregung in weiteren Volksteilen; in Bayern habe von Anfang an die größte Mißstimmung gegen die Vorlage geherrscht.

Nächste Sitzung Mittwoch.

**Tagesgeschichte.**

**Deutsches Reich.**

— Entgegen der Entscheidung des Seniorenkongresses des Reichstages hat man neuerdings die Absicht, die Steuerentwürfe noch vor Weihnachten der ersten Beratung zu unterziehen, aufzugeben und gedenkt bereits

am 15. Dezember mit der Militärvorlage abzuschließen und an diesem Tage in die Weihnachtsferien einzutreten.

— Ein Bericht über Samoa wied, wie nun verlautet, dem Reichstage noch Respekt unterbreitet werden, das genaue Ausmaß aber ist durch die Ereignisse vom Jahre 1889 geschaffenen Verhältnisse über die letzten Kämpfe der Eingeborenen bei Vapo-Papo auf Tutuila und die jüngsten gegen englische Untertanen gerichteten Angriffe von Eingeborenen auf Upolu geben wird.

— Die „Köln. Volksztg.“, ein hervorragendes Blatt der Zentrumspartei, spricht sich dahin aus, daß die Zentrumspartei ebenfalls nicht schäin könnte, in absehbarer Zeit zu der Judenfrage Stellung zu nehmen.

— Ein neuer Bergarbeiterstreik im Saargebiet steht für den Anfang des neuen Jahres bevor. Eine große Versammlung von Bergarbeitern, die in Bildstock abgehalten wurde, beschloß nahezu einstimmig, am 1. Januar 1891 zu kündigen, falls die Forderungen der Bergarbeiter bis dahin nicht erfüllt sein sollten. Die Bergarbeiter verlangen neben einer günstigeren Regulierung der Bedinge vor allem, daß der Entwurf zur neuen Bergarbeiterordnung zurückgezogen werde. Die Behörde scheint entschlossen zu sein, auf dem Entwurf zu bestehen. Es werden deshalb vermutlich zwischen 20.—30 000 Bergarbeiter am 1. Januar in den Ausstand treten.

**Belgien.** — Die neulich erwähnte und von vornherein unwahrscheinlich klingende Meldung, daß mehrere belgische Expeditionen am Kongo von den Arabern niedergemacht worden seien, wird jetzt amtlich für unbegründet erklärt. Die sämtlichen Europäer, die diesen Expeditionen angehören, befinden sich noch immer wohlhaft.

**Frankreich.** — Der PanamaSkandal in Paris zieht immer weitere Kreise und scheint man endlich seine Opfer gefunden zu haben. In den letzten Tagen hat sich herausgestellt, daß die Mittelpersonen der Panama-Kompanie bei ihren unaufrichtigen Geschäften mit Abgeordneten und sonstigen einflussreichen Personen die Finanzleute Baron Reinach und Cornelius Herz gewesen sind. Baron Reinach hat sich, wie jetzt feststeht, vergiftet, als er alle Bemühungen vergeblich sah, sich aus der Sache herauszuziehen; Cornelius Herz ist ins Ausland, wie man sagt nach London, geflüchtet. Es hat sich nun weiter ergeben, daß der Finanzminister Rouvier, sowie verschiedene andere Minister und einflussreiche Abgeordnete die beiden vorstehend genannten Finanzleute protegiert haben, was freilich wohl nicht umsonst geschehen ist. Die Enthüllung macht ein höchst peinliches Aufsehen und hat dem Ansehen des Ministeriums gewaltig geschadet. Unter diesen Umständen ist nicht ausgeschlossen, daß bald wieder eine Ministerkrisis eintritt. Minister Rouvier gab schon seine Entlassung.

— Eine Pariser Zeitung, die „Libre Parole“, will von dem Selbstmorde des Barons Reinach (Reinach ist ein aus Frankfurt nach Paris eingewandertes Jude) folgende Einzelheiten erfahren haben: „Baron Reinach sah ursprünglich dem PanamaSkandal ruhig entgegen; er glaubte, daß er weder als Angeklagter, noch als Zeuge vor Gericht gerufen würde, weil er intime Beziehungen zum Generalprokurator Duesnoy de Brocquere hatte und auch auf den Einfluß seines Schwiegerjohnes, des Abgeordneten Josef Reinach, rechnete. Diese Erwartung wurde jedoch getäuscht. Die Untersuchung ergab, daß Baron Reinach nicht nur Senatoren und Abgeordnete bestach, sondern sogar einen großen Teil der von der Panama-Gesellschaft empfangenen Gelder für sich behielt. Als der Baron am 20. November eine Vorladung zum Erscheinen vor Gericht als Angeklagter erhielt, hatte er einen erregten Wortwechsel mit seinem Schwiegerjohnne. Dann zog er sich in sein Schlafzimmer zurück und vergiftete sich mit einer Alonitlösung.“

— Großen Standal gab es in einer konservativen Versammlung in Paris, die sich mit der Panama-Affaire beschäftigte. Es kam wiederholt zu lebhaften und lärmenden Kundgebungen und Ruhestörungen. Als schließlich unter der Rednertribüne eine kleine Petarde explodierte, zog man es denn doch vor, die Sitzung zu schließen.

**Italien.** — Königin Margeritha ist seit einigen Tagen unwohl. Sie hatte am Montag mehrere heftige Fieberanfälle.

**Spanien.** — Die Cortes haben sich Montag vertagt, nachdem sich das Ministerium Sagasta den Volksvertretern vorgestellt hatte. Beim Auseinandergehen der Abgeordneten wurde mehrfach der Ruf laut: „Es lebe die Republik!“

**Rußland.** — Kaiser Alexander empfing den aus dem diplo-

matischen Dienst scheidenden deutschen Botschafter, General von Schweinitz, in Abschiedsaudienz. — Durch Erlass des Zaren wurden abermals 3 neue Reservebrigaden zu 4 Regimentern gebildet.

**Bermischtes.**

\* Allerlei. Bei einem Stubenbrände in Reife kamen am Montag 3 Menschen um. — Das größte deutsche Segelschiff, der Fünfschaler „Maria Rickmers“ ist beim Bremerhaven mit vierzig Mann Besatzung untergegangen. — Die ganze Familie des jüdischen Schankwirts Gwermann wurde in Cholowzyna bei Bilsa ermordet und ward das Gebäude bezugs Verwischung der That niedergebrannt. Eine des Verbrechens verdächtige, übelbeleumundete Person, namens Dimitri Idenko, wurde verhaftet. Nach anfänglichem Beugnen räumte er die That ein und nannte noch acht seiner Genossen. — In Danzig sind in der Nacht zum 13. ds. w. l. drei größtenteils mit Getreide gefüllte Speicher niedergebrannt. Ein Oberfeuermann fand in den Flammen den Tod. Mehrere Feuerleute wurden verletzt; zwei weitere werden noch vermisst. — Wie schon berichtet, ist der in West-Hartlepool beheimatete Dampfer „Dreyfusk“ an der Elbmündung untergegangen. Die Mannschaft konnte das Schiff zwar noch rechtzeitig in Booten verlassen, aber lei. er hat sie das holsteinische Ufer, wie nunmehr feststeht, nicht lebend erreicht; die gesamte aus 23 Personen bestehende Besatzung ist in den kleinen Booten, welche sie retten sollten, verhungert oder erstron. Die Leichen und Schiffstrümmern, welche an verschiedenen Orten an die holsteinische Küste getrieben sind, geben die traurige Kunde von dem Tode der wackeren Seeleute. — Ein Birt in Freiburg i. B., der einem Arbeiter einen ganzen Liter Schnaps auf einmal verabreichte, damit dieser einer Wette gemäß ihn auf einen Zug hinunterstürzte, ist nebst dem Wettenden in Anklagezustand veretzt worden, weil der unsinnige Säuer mittlerweile farb. Beide werden sich wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten haben. — In Wlawa sind in voriger Woche 20 Choleraerkrankungen vorgekommen, von denen 14 Fälle russisch-jüdische Familien betrafen. Zwei Personen sind gestorben. — Nach dem Wochenberichte des Ministers des Innern sind in Holland in der letzten Woche zwei Personen an der Cholera gestorben. — Die Firma Kippmann u. Kompanie in Dundee stellte ihre Zahlungen ein. Die Passiven werden auf 280 Millionen Mark geschätzt.

\* In Steinfurt bei Schotten brannten dieser Tage das Bürgermeistergut, 2 Wohnhäuser, 2 Scheunen und mehrere Stallungen nieder. Auch 9 Hammel und 2 Mastschweine verbrannten, das andere Vieh konnte nur mit Mühe gerettet werden. Ein 20jähriger Dienstmacht war der Brandstifter. Er lebte mit der Magd seines Herrn in Zank und Streit. Auch an jenem Morgen zankte er mit dem Mädchen und mißhandelte es. Darauf sperrte er es in einen Stall, wobei er die Drohung ausstieß, die „Drege“ solle verbrennen. Dann zündete er das Haus an. Nur mit großer Mühe gelang es, das Mädchen zu befreien und so vom sicheren Tode zu retten. Ein Feuerwehrmann wurde tödlich verletzt. Der Knecht ist flüchtig.

\* Bei einem neulichen Brande in Koppeln bei Orttrand kam der Hausbesitzer Lange, gebürtig aus Bohra, dadurch ums Leben, daß er sich nicht abhalten ließ, nochmals in das brennende Haus einzudringen, um seinen Pelz zu retten. Sein Körper wurde am andern Morgen ganz verkohlt unter dem Brandschutt hervorgezogen.

(Detailliertes und Sächliches s. in der Beilage.)

**Telegramme und neueste Nachrichten**

14. Dezember.

**Berlin.** (H.) Wie die „Nationalztg.“ hört, ist an maßgebender Stelle von der Meldung, der Berliner Magistrat sei angewiesen, die Reichstagswählerlisten bis zum 20. Januar fertigzustellen, nichts bekannt.

**Wien.** (H.) Gestern wurde hier ein Mädchen verhaftet, das bei der ermordeten Frau Hartmann logierte. Das Mädchen ist dringend verdächtig, den Mord begangen zu haben.

**Paris.** (H.) Nachdem der Präsident Carnot die von Rouvier gestern nachmittag eingereichte Demission angenommen hat, ließ sich Ministerpräsident Ribot per Telephon mit dem in Brüssel als Vertreter Frankreichs weilenden Deputierten Tirard verbinden. Tirard erklärte sich bereit, nach der Lage der Sache ins Kabinett einzutreten.

**Genf.** (H.) Neue Versuche der Arbeitslosen, am geitigen Nachmittage Umzüge zu veranstalten, scheiterten an dem Einschreiten der Polizei. Die Polizei hatte bis abends viele Reuterer nicht entdecken können, weil deren Kameraden sie verdeckt hielten.

Chemnitz - Hainichen. Hainichen - Chemnitz. ...

Freib...  
und die...  
S. Sack...  
Gin...  
auf...  
Dan...  
Eine...  
Bogen...  
n. d. F...  
Wilh. S...  
Zu...  
oder a...  
vom 1...  
Gin...  
7...  
prima 2...  
lasse, ...  
per. 1...  
Zinsfuß...  
unter A...  
B...  
aller Art...  
Preisen...  
Ein...  
rod, für...  
find zu...  
G...  
in Flasch...  
in der...  
Hainichen - Rosswitz. Rosswitz - Hainichen. ...